

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

- 1 Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt sie Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis ins
2 hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten und über sich hinauszuwachsen, Altes zu
3 hinterfragen und Neues zu entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, seinen
4 eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. In guter Bildungspolitik, Aus- und
5 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegen unendlich viel
6 Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen.
- 7 Ein gutes Bildungssystem ist ein Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in
8 einer vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch
9 von der Familie, dem Nachnamen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und
10 die Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder auf wenig
11 Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Smartphones fehlt und
12 kein Elternteil Zeit hat, beim Lernen zu helfen, drohen sie dauerhaft abgehängt zu werden.
13 Die Kinder, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste
14 Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer
15 durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Spielen auf dem
16 Pausenhof, was sich bei Kindern auch auf die kognitive und soziale Entwicklung auswirken
17 kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie Unglaubliches für die gesamte
18 Gesellschaft geleistet. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von
19 Politik zu stellen. Sie sind die Staatsbürger*innen und die Demokrat*innen von morgen.
- 20 Gleiche Lebenschancen heißt, unterschiedlich zu fördern. Wo mehr benötigt wird, muss mehr
21 investiert werden. Wir wollen Kitas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch
22 Erzieher*innen und Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land
23 oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen
24 sind jederzeit systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer
25 Bezahlung und in der Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollten die besten Orte im Land
26 sein, mit schnellem Internet und sauberen Toiletten, mit multiprofessionellen Teams, die
27 dank guter Aus- und Weiterbildung, sicheren Berufswegen und einem guten Lohn Kinder in ihren
28 unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung geben. Da die Weichen am Anfang
29 gestellt werden, müssen dort auch die meisten Ressourcen reinfließen. Vor allem für Kitas
30 und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen.
- 31 Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht
32 am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur
33 auf dem zweiten Bildungsweg, die Tischler*innenlehre mit Mitte 30 oder der erste
34 Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon
35 abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule,
36 ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker*in am

37 Bau, als Angestellte*r im Büro oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir unterstützen die
38 vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe.

39 Die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Sicher
40 geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen
41 Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der
42 Neuorientierung ist, stehen wir in besonderer Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu
43 schaffen. Für alle, die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz
44 garantieren. Es darf keine verlorene Generation Corona geben.

45 Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, ist alle Kreativität und
46 jeder Forschungsgeist gefragt. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich sein, weil
47 Wissenschaftler*innen und Forscher*innen in Betrieben, Hochschulen und außeruniversitären
48 Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft an neuen Ideen arbeiten, an Antworten auf
49 Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber sie können neuartige Impf- oder
50 alternative Antriebsstoffe nur dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete
51 Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und
ausprobieren
52 können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige
53 bürokratische Hürden sollten wir abbauen.

54 Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den
55 Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen
56 Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und
57 Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen.
58 Nötig ist ein verständlicher Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft und Gesellschaft näher
59 zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung der
Wissenschaftskommunikation.

60 Wir fördern gute Bildung von Anfang an

61 **Für jedes Kind einen Kitaplatz in einer guten Kita**

62 Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die
63 Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. Kitas haben einen entscheidenden Anteil
64 daran. Sie schaffen Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am Zusammensein mit
65 Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir
66 dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten
67 anvertrauen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür, dass
68 sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit
69 Mindeststandards sicherstellen, dass sich eine Erzieherin oder ein Erzieher um höchstens
70 vier unter Dreijährige und neun über Dreijährige gleichzeitig kümmern. Darüber hinaus müssen
71 sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche und Fortbildungen haben. Den
72 Fachkräften in den Kitas stärken wir den Rücken mit Fachberatung und Mentoring-Programmen,
73 Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche Weiterentwicklung innerhalb des Kita-
74 Systems. Damit alle Kinder, auch Kinder mit Behinderungen, einen Platz in einer guten Kita
75 bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen.

76 **Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen**

77 Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung,
 78 denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit.
 79 Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der
 80 Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen leisten, brauchen sie einen
 81 guten Lohn. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir zudem für faire
 82 Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen
 sorgen,
 83 dabei darf die Ausbildung zum Erzieher*innenberuf nicht am Schulgeld scheitern. Um den
 84 Lehrkräftemangel mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir
 85 mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern und gemeinsame
 86 Qualitätsstandards sichern.

87 **Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind**

88 Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür
 89 brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames
 90 Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und
 demokratische
 91 Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Betreuung und Hausaufgabenhilfe.
 92 Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort wichtig. Unser Ziel ist,
 93 einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -
 94 betreuung umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden
 95 Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten
 Zusammenarbeit
 96 mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Dafür wollen wir einen
 97 finanziellen Anreiz schaffen. Es gilt, Ganztags für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit
 98 Behinderungen oder ohne. Der Anspruch auf Integrationshelfer*innen muss überall gelten –
 99 gleich ob in der Ganztagschule oder bei Hortangeboten durch die Jugendhilfe. Eltern von
 100 Kindern mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung des
 101 Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich bei der Beteiligung des
 102 Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten
 103 der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung von
 104 Schulentwicklungsprozessen auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern.

105 **Corona-Rettungsschirm für Kinder**

106 Die Pandemie droht die soziale Ungleichheit in der Bildung dramatisch zu verschärfen. Gerade
 107 Kinder mit schlechteren Startchancen wurden nur noch schwer oder gar nicht mehr von
 108 Bildungsangeboten erreicht. Rund ein Fünftel der Kinder kehrt mit einer großen Bildungslücke
 109 zurück in die Schule. Bund, Länder und die Spitzenverbände der Kommunen müssen an einen
 110 Tisch, um einen umfassenden bundesweiten Bildungsrettungsschirm für zusätzliche
 111 Lernförderung aufzulegen. Damit jedes Kind den Anschluss behält, sowohl bei den Lehrinhalten
 112 als auch bei kognitiven und sozialen Entwicklungen, wollen wir über ein Bund-Länder-Modell-
 113 Programm jede Schule mit Budgets ausstatten, die sie selbstverantwortet flexibel einsetzen
 114 können, um für Kinder mit besonderem Bedarf gezielt Lernförderung anzubieten. Daneben soll
 115 Studierenden, angehenden Absolvent*innen aus der akademischen und beruflichen Bildung

sowie

116 pensionierten Lehrkräften ermöglicht werden, Schulen als kompetente Bildungslots*innen zu
117 unterstützen.

118 **Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren**

119 Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal,
120 wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir schlagen ein Bundesmodellprogramm für mehr

121 Bildungsgerechtigkeit vor, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir
122 fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und
123 Erzieher*innen gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um
124 die Schüler*innen ideal unterstützen zu können. Dazu gehört es, systematische Präventions-
125 und Interventionsarbeit zu leisten, Lernlücken zu schließen und deutsche wie auch
126 muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Alle Akteur*innen kooperieren auf
127 Augenhöhe. So wird auch die Elternarbeit verbessert und Schulen werden zu
128 Unterstützungsorten für die ganze Familie. Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und
129 keine Angst vor der Schultoilette haben. Darum wollen wir in bessere Räume und eine bessere
130 Lernumgebung investieren.

131 **Digitale Bildung auf die Höhe der Zeit bringen**

132 Digitale Bildung ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel für
133 Zukunftskompetenzen. Das geht über das Whiteboard oder Coden hinaus: Die Digitalisierung
hat

134 unsere Art zu leben verändert, also muss sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln.
135 Mit Lehrer*innen, die Spaß an neuer Didaktik haben, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum
136 Beispiel durch Gamification, neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch
137 optimal aufgestellt sind. Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es schon an den
138 Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern: mit einer
139 zeitgemäßen digitalen Ausstattung und mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren
140 und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das
141 pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur
142 Bildung in einer digitalen Welt. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso
143 selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder Englischbuch. Unser Ziel ist es,
144 allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine
145 selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Zukunftskompetenzen
146 wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in der digitalen Welt
147 werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem
148 echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die
149 gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen
erreicht
150 werden sollen.

151 **Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern**

152 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall gute Ausgangsbedingungen sichert und
153 unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und

154 gerechte Chancen garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine
 155 ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die
 156 Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich
 157 abgesichert stärken. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft
 158 – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen
 159 brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Die derzeitigen Regelungen zwischen Bund
 und
 160 Ländern beschränken die Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und
 gemeinsam
 161 auf neue Herausforderungen zu reagieren. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die
 162 Bildungszusammenarbeit im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es
 notwendig
 163 ist. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in
 164 den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.

165 Wir stärken Ausbildung und Studium

166 **Sichere Ausbildungsperspektiven**

167 Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine
 168 Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des
 169 Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen
 170 mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer Ausbildung ermöglichen.
 171 Dafür fördern wir verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch
 172 außerbetriebliche Ausbildungen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über
 173 eine Umlagefinanzierung. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung und
 174 ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in ihrer Ausbildung unterstützen.
 175 Wichtig ist, dass in der Bildung auch einzelne Ausbildungsbausteine als Teilqualifikationen
 176 zertifiziert und anerkannt werden, damit keine Leistung auf dem Weg zum Berufsabschluss
 177 verloren geht. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gute Beratung
 178 aus einer Hand und unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender
 179 Jugendberufsagenturen.

180 **Berufliche und akademische Bildung sind gleich viel wert**

181 In Deutschland gibt es hochwertige Ausbildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im
 dualen
 182 Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige
 183 Chancen auf ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten und so eine echte Wahlfreiheit für junge
 184 Menschen besteht. Dafür müssen alle Berufsschulen gut ausgestattet sein und muss allen
 185 Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglicht werden – durch eine
 186 Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen
 187 Ausbildungsvergütungen. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in Entgeltgruppen
 188 des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund flexibilisieren
 189 und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei Ausschreibungen der
 190 Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme genauso wie die
 191 Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Und mindestens 10 Prozent der

192 Auszubildenden sollen schnellstmöglich einen Auslandsaufenthalt antreten können. So
193 internationalisieren wir neben der akademischen auch die berufliche Bildung.

194 **Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium**

195 Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann und
196 dafür den Kopf frei hat. Dafür wollen wir als ersten Schritt das BAföG neu aufsetzen und zu
197 einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen. Diese beinhaltet einen
198 Garantiebtrag für alle Student*innen und Auszubildenden und einen Bedarfzuschuss für jene
199 aus einkommensarmen Elternhäusern. Der Garantiebtrag ersetzt das Kindergeld und wird
direkt
200 an die Studierenden oder Auszubildenden überwiesen. Der zweite Baustein, der
201 Bedarfzuschuss, wird bedarfsabhängig gezahlt. Die Höhe richtet sich nach Einkommens- und
202 Vermögenssituation der Eltern sowie der Studierenden und Auszubildenden und wird auch direkt
203 an die Empfänger*innen überwiesen. Die maximale Höhe des Bedarfzuschusses richtet sich
nach
204 den Regelsätzen für Erwachsene, die wir im Rahmen der grünen Garantiesicherung anheben
205 wollen. Da nicht jeder Bildungsweg linear oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen
206 wir die Bildungsfinanzierung noch stärker eltern- und perspektivisch altersunabhängig
207 konzipieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs.
208 Studiengebühren lehnen wir ab.

209 **Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen**

210 **Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung**

211 Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in
212 einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch unerlässlich. Auch durch die
213 Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu
214 erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt,
215 künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für
216 einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein. Zur sozialen Absicherung ist für
217 arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle
218 anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG.
219 So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung bislang das Nachsehen
220 haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und alle prekär Beschäftigten. Um
221 abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung einzuräumen, wollen wir
222 einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen.
223 Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung
224 Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von
225 Weiterbildung vernetzen. Eine zentrale Online-Plattform, die unabhängig und öffentlich
226 finanziert ist, soll außerdem alle Angebote bündeln. Zudem wollen wir die Volkshochschulen
227 bei ihren Aufgaben unterstützen.

228 **Alphabetisierung vorantreiben**

229 In Deutschland gelten gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren als „funktionale
 230 Analphabet*innen“. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen. Die große
 231 Mehrheit von ihnen hat einen Schulabschluss. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der
 232 allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht
 233 hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch
 234 für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete
 235 Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren.

236 **Wir verbessern die Bedingungen für Wissenschaft und** 237 **Forschung**

238 **Mehr Raum für große Ideen**

239 Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine
 240 effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen
 241 und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann vieles allein, aber bei der Lösung solcher großen
 242 Aufgaben muss der Staat ein wichtiger Innovationstreiber werden. Er soll klare Zielvorgaben
 243 machen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und
 244 mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik
 245 Dynamik entfachen. Große Probleme können nur umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb
 die

246 Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Technische,
 247 soziale und ökologische Innovationen sind deshalb gleichwertig. Die „Agentur für
 248 Sprunginnovation“ (SprinD) sollte flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre
 249 Kernaufgaben konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und
 250 Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die
 251 ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Herausforderungen
 verbessern.

252 Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen.

253 **Forschungsfinanzierung aufstocken und vereinfachen**

254 Als Wissensgesellschaft trägt Deutschland die Verantwortung, beste Bedingungen für Forschung

255 und Innovation zu schaffen. Wir wollen erreichen, dass bis 2025 Staat und Unternehmen
 256 insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung
 257 investieren. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume und internationale Vernetzung
 258 und schaffen Planbarkeit in unserer Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine
 259 auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den
 260 letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Im Wettbewerb vergebene
 261 Drittmittel können zwar durchaus zusätzliche Dynamiken freisetzen, doch häufig sind ihre
 262 Laufzeiten zu kurz. Daher wollen wir einen größeren Teil der öffentlichen
 263 Drittmittelförderung länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen. Eine weitere Dynamik
 264 wollen wir entfachen, indem wir die Mittelbereitstellung vereinfachen. Das erhöht auch in
 265 zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres
 266 Landes hängt auch davon ab, wie flexibel und frei unsere Forschungslandschaft ist.

267 **Wissenschaft für alle**

268 In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen
 269 neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung wichtiger für die
 270 demokratische Debatte denn je. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ein
 271 sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung
 272 wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig
 273 stimulierendes Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen interdisziplinäre
 274 wissenschaftliche Expertise frühzeitiger – etwa durch Gesetzgebungslabore – in die
 275 Politikentwicklung einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der
 276 gesellschaftlichen Folgen politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um
 277 Entscheidungsträger*innen zu unterstützen. Außerdem wollen wir die
 278 Wissenschaftskommunikation stärken und die Aus- und Weiterbildung von
 Wissenschaftler*innen
 279 in diesem Bereich fördern. Durch mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science
 280 oder Experimentierräume kann die Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das
 281 bringt weitere Perspektiven ein und hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu
 282 begleiten.

283 **Hochschule fit machen**

284 Den Hochschulen fehlt es an Investitionsmitteln für die digitale Infrastruktur und die IT-
 285 Sicherheit. Wir werden deshalb über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an
 286 Hochschulen stärken, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und digitale Beratungs-
 287 und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu Forschungsdaten soll
 288 erleichtert werden, indem wir Open Access zum Standard erklären und als wissenschaftliche
 289 Leitidee etablieren. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher
 290 Publikationen darf nicht zu Lasten der Forscher*innen gehen. Wir wollen die nationale
 291 Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft
 292 und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen gehören
 293 auch moderne Bibliotheken und Lehr- und Lernräume sowie die klimafreundliche Sanierung von
 294 in die Jahre gekommenen Hochschulbauten.

295 **Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege**

296 Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für
 297 eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen
 298 aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an
 299 Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist
 und
 300 verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die
 301 Betroffenen eine Zumutung. Dem begegnen wir mit dem Ausbau der Tenure-Track-Professuren
 und
 302 der substanziellen Reduzierung befristeter Mitarbeiter*innen-Stellen. Zudem wollen wir
 303 unbefristete Berufswege neben der Professur schaffen und ausweiten. Daueraufgaben sollen
 304 auch mit Dauerstellen gesichert sein. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer
 305 noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen

Elternhäusern

306 geprägt. Das wollen wir ändern und Anreize für wirkungsvolle Diversitätsstrategien in
307 Wissenschaft und Forschung schaffen. Gerade Frauen kehren in der Postdoc-Phase der
308 Wissenschaft den Rücken, sodass nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland von ihnen
309 besetzt ist. Wir wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die
310 Einführung konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie
311 und Beruf im Wissenschaftsbereich, die Einführung des Kaskadenmodells sowie den Ausbau des
312 Professorinnenprogramms erreichen.

313 **Wissenschaftsfreiheit verteidigen**

314 Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den
315 Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Doch
316 es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis und Innovation gesellschaftliche
317 Entwicklung zu ermöglichen und Menschheitsprobleme zu lösen. Wir wollen weltweit verfolgte
318 Wissenschaftler*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds.
319 Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch
320 Forscher*innen
321 und auch ausländische Studierende häufig erleben. Die Anerkennung von ausländischen
322 Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht werden. Konsequenterweise werden wir
323 Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der EU, etwa in Ungarn,
324 widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus
325 einsetzen. Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler Aspekt der Außenpolitik
sein.